

Editorial

Ökonomische Krise — Versagen der Krisentheorie?

Marxistische Politische Ökonomie hat gegenwärtig nicht gerade Hochkonjunktur. Es dürfte nicht übertrieben sein zu behaupten, daß die Kritik der Politischen Ökonomie als *Leitwissenschaft* seit geraumer Zeit ausgedient hat. Es beweist sich eine eigentümliche, antizyklische Entwicklung: Während der auslaufenden Phase der Prosperität, also bis etwa Mitte der siebziger Jahre, war das öffentliche Interesse innerhalb der Linken an theoretischen Analysen zur systemnotwendigen Krisenanfälligkeit des Kapitalismus groß; mit offenem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1974/1975 und mit anhaltender Dauer der Depression sind Aufmerksamkeit und theoretische Neugier über die Ursachen der nunmehr seit zehn Jahre anhaltenden Krisenprozesse immer mehr abgebröckelt.

Der letzte systematische Versuch einer krisentheoretischen Debatte wurde in der PROKLA im Jahr 1978 (PROKLA 30) unternommen. Die Kontroverse Unterkonsumtions- vs. Überakkumulationstheorie bildete damals den Hintergrund für Beiträge, die sich vor allem um den Nachweis logischer Konsistenzen bzw. Inkonsistenzen der jeweiligen Theoriekonzepte bemühten. In einer Replik auf einen kritischen Beitrag zu seiner krisentheoretischen Marxinterpretation schrieb *Paul Mattick* bezüglich des Zusammenhangs von Krisen- und Handlungstheorie, daß »auch die Krise den Klassenkampf nicht (ausschließt), der nicht von irgend-einer Theorie abhängig ist, sondern sich aus den kapitalistischen Produktionsverhältnissen ergibt, die unter allen Umständen eine rationale Verteilung der gesellschaftlichen Produktion ausschließen« (in PROKLA 32). Der Zusammenhang von Krise und Praxis wird von ihm als eine »Unbestimmtheitsrelation« gefaßt; obwohl die Krise erst durch den Prozeß der Kapitalakkumulation hervorgebracht wird, sieht man es ihr nicht von vornherein an, wie scharf und wie einschneidend sie auf die Bedingungen der Möglichkeiten erneuter Akkumulation einwirkt, wie das bis dato erfolgreiche »Rennen« des Kapitals zwischen Akkumulation und Exploitation unterbrochen, neu strukturiert und erneut einsetzen wird; und schon gar nicht läßt sich Mattick zufolge ein vorhersehbares Ausmaß an revolutionärer Bewegung aus der Krise ableiten. Praktische Handlungsüberlegungen können deshalb aus einer Theorie der Krise gar nicht gewonnen werden. Doch ist marxistische Krisentheorie deshalb für ihn keineswegs überflüssig. Sie ist für ihn vielmehr ein notwendiges, wenn auch nicht hinreichendes Fundament der Strategiebildung der Arbeiterbewegung. Entsprechend bemühte sich Mattick um die Rekonstruktion, Wiederaneignung und fruchtbare Anwendung der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie. Darin bestand seine »Orthodoxie«, nicht aber in dem Glauben an einen mechanischen Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und revolutionärem Klassenbewußtsein.

Paul Mattick (1904-1981) hätte dieses Jahr seinen achtzigsten Geburtstag gefeiert. Von Herkunft, Ausbildung und Lebensweg kein marxistischer Akademiker, sondern ein frühzeitig politisierter Arbeiter, Maschinenschlosser aus Berlin, 1926 in die USA emigriert, war er das vielleicht einzige (schreibende) Beispiel für jenen vielberufenen, den Kindern der Nachkriegszeit und der Studentenbewegung aber bestenfalls vom Hörensagen bekannten Arbeitertheo-

retiker (genauere Informationen zur Person Paul Matticks finden sich in Buckmiller, IWK 2/1981; Dingel: »links« 134/1981). Wir veröffentlichen in diesem Heft einen Text Matticks zur Krisentheorie (den wir der Initiative von Eberhard Seifert zu verdanken haben, bei dem wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken möchten). Nicht allein zur geburtstäglichen Erinnerung an diesen Theoretiker der Arbeiterbewegung, sondern auch um an die (kurze) Tradition früherer Versuche marxistischer Krisentheorie zu erinnern.

War für Mattick die revolutionäre Bewegung, die die bürgerliche Gesellschaft zu überwinden trachtet, latent *immer* existent, so war für manche marxistische Krisentheoretiker der Bundesrepublik die Chance einer Systemüberwindung *allein* an den Fall der Profitrate und der Krise des Kapitalismus gekoppelt. Als sich der Konnex zwischen ökonomischer Krise und revolutionärem Klassenbewußtsein als Wunschdenken entpuppte, wurde die »Krise des Marxismus« auch in der bundesdeutschen Linken entdeckt, und die Defizite marxistischer Handlungs- und Politiktheorie rückten in das Zentrum der Diskussion. Ökonomische Krisen- und politische Handlungstheorie wurden weiter dissoziiert und erneut in akademische Teildisziplinen separiert.

Die »hardware der Politischen Ökonomie« (Müller-Jentsch) war nicht länger gefragt. Mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75, der international längsten und tiefsten Krisenperiode der Nachkriegszeit, schien das Interesse an theoretisch präzisen Klärungen der Ursachen weitgehend erloschen. Der Fall der Profitrate wurde vielerorts als gegeben hingenommen; was jetzt interessierte, war der Entwurf *alternativer Wege aus der Krise*. Und gerade dazu hatte die marxistische Krisentheorie herzlich wenig anzubieten. Die seit Mitte der 70er Jahre durch die Memorandumgruppe in Gang gesetzte Diskussion über eine alternative Wirtschaftspolitik hat diesen Mangel zu überwinden versucht. Krisentheoretische Erörterungen, namentlich die Kontroverse »Überakkumulation« vs. Unterkonsumtion«, dienen fortan mehr der Begründung und Legitimation der vorgeschlagenen Lösungswege denn der strikten Ursachenanalyse der ökonomischen Krise. Die krisentheoretische Debatte, oder besser: die Diskussion um Alternativen der Wirtschaftspolitik, wurde in starkem Maße handlungs- und zielgruppenorientiert. Als Adressaten der Vorschläge avisierte man die SPD und/oder die Gewerkschaften, und neuerdings auch die GRÜNEN. Kehrseite dieser »praxeologischen« Orientierung der Diskussion war allerdings ein weitgehender Verzicht auf die krisentheoretische »Grundlagenarbeit«. Zwei Beobachtungen mögen dies belegen.

(a) Die Ergebnisse der fachökonomischen, innertheoretischen Marx-Diskussion der siebziger Jahre erregten bei den bundesdeutschen Marxisten wenig Aufmerksamkeit. Dieses Schweigen wirkte um so fataler, als mit der Rezeption des Sraffa-Werkes aus dem Jahr 1960 sich eine Kritiklawine in Bewegung gesetzt hat, die mit dem Argument der Redundanz der Werttheorie der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie das Rückgrat zu brechen droht. Insofern als die Sraffasche Produktionspreistheorie die konsistente Ableitung der Durchschnittsprofitrate und (relativer) Produktionspreise — bei exogener Vorgabe des Reallohns — aus dem »Mengensystem« der Ökonomie erlaubt, erscheint in der Tat die »Arbeitswerttheorie« als ein unnötiger und überdies — man erinnere sich des Transformationsproblems — hölzerner Umweg. Doch damit nicht genug. Auch das Marx'sche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, ein zweites Heiligtum marxistischer Krisentheorie, geriet unter Beschuß der sog. »neoricardianischen Fundamentalkritik«. Zur Hauptwaffe wurde dabei das *Okishio-Theorem*, dessen Kern in dem Nachweis besteht, daß es — Konstanz des Reallohns unterstellt — unter Berücksichtigung des Kriteriums der Kostensenkung bei der Wahl neuer Produktionstechniken nicht zu dem von Marx erwarteten *Fall*, sondern zu einem *Anstieg* der Profitrate kommt. Die Debatte um dieses Theorem, dessen Würdigung eine kritische Auseinandersetzung mit den gleichgewichtstheoretischen Prämissen der linearen Produktionstheorie erfordern würde, wurde vorwiegend im angelsächsischen Sprachraum geführt —

die Mehrheit der bundesdeutschen Marxisten strafte diesen Generalangriff mit Ignoranz. Der Aufsatz von *Robwer, Ipsen, Künzel* knüpft an Ergebnisse dieser Diskussion an, und zieht daraus den Schluß, daß der tendenzielle Fall der Profitrate einen gegenüber Marx alternativen Begründungszusammenhang benötige. Der von Marx ins Zentrum gerückte »Zweck-Mittel-Konflikt« zwischen steigender Mehrwertproduktion auf der einen und dem Fall der allgemeinen Profitrate als Ausdruck eines spezifischen Typus technischen Fortschritts auf der anderen Seite sei nicht länger theoretisch haltbar.

(b) Aber auch der materielle ökonomische Prozeß hat »neue« Probleme für die Krisentheorie aufgeworfen. Das Verhältnis von Zyklus und Trend sowie die Frage der langfristigen Entwicklungstendenz überhaupt (*Glombowski, Krüger* diskutieren ersteres Verhältnis; *Kleinknecht und Coombs* nehmen letztere Frage auf); das Verhältnis von Nationalwirtschaft und Weltwirtschaft; die Rolle des nationalen wie internationalen Geld- und Kreditsystems (dazu *Uwe Traber*) sowie die Auswirkungen anhaltender Krisenprozesse auf die Struktur des Arbeitsmarktes (dazu der Aufsatz von *Stanger*).

Eine alle diese Erscheinungen und Problembereiche miteinander verknüpfende Krisentheorie ist nicht in Sicht. Sicher ist es vor einer solchen Verknüpfung notwendig, die einzelnen Bereiche isoliert zu untersuchen, um voreilige Vereinfachungen zu vermeiden. »Reduktion von Komplexität« ist ein erster notwendiger Schritt bei der Weiterentwicklung der Kritik der Politischen Ökonomie.

Zu diesen Problembereichen haben sich relativ eigenständige Theoriebildungsprozesse vollzogen, die sich nur an den Rändern aufeinander beziehen. Die Beiträge in diesem Heft bezeugen dies. Man mag es bedauern, aber eine alle Problemebenen miteinander verknüpfende Krisentheorie ist nicht in Sicht.

Dieser »Mangel« hat auch seine positive Seite: in dem Maße, wie die marxistische Krisentheorie (oder besser: Kritik der Politischen Ökonomie) einem allumfassenden Erklärungsanspruch — im Sinne einer Leitwissenschaft zur Analyse sozialer, ökonomischer und politischer Entwicklungen — nicht gerecht werden kann (und wer wollte dies angesichts der offenen Fragen und theoretischen Unsicherheiten heute noch bestreiten?), entwickelte sich ein heilsamer Zwang zur »Reduktion von Komplexität« zum einen und eine verstärkte Notwendigkeit, sich mit konkurrierenden und alternativen Erklärungsansätzen auseinanderzusetzen, um das eigene analytische Potential neu zu bestimmen.

Die Gefahr einer solchen »Öffnung« und »Spezialisierung« zugleich hat nicht lange auf sich warten lassen: die Trennung von Ökonomie und Politik hat sich in die marxistische Theoriebildung eingeschlichen: hier die Krisenökonomien, dort die Klassentheoretiker (-soziologen). Auch dies zeigen die Beiträge in diesem Heft zur Krisentheorie: der emanzipative Gehalt marxistischer Krisentheorie läßt sich nur mit Mühen wiederfinden. Eine notwendige Etappe der Theoriebildung?

Die heimliche Sehnsucht, den *integralen Zusammenhang* der vielfältigen sich überlagernden und ungleichzeitigen, ökonomischen, politischen, sozialen und ideologischen Krisenprozesse konzeptionell erfassen zu können, bleibt bestehen.

Ansätze zur Integration der verschiedenen »interferierenden« Krisenprozesse lassen sich vor allem in den französischen und angelsächsischen Diskussionen um eine »Theorie der Regulation« ausmachen. Grundgedanke dieser Beiträge, bei allen Nuancen zwischen den Autoren, ist die These, daß kapitalistische Entwicklung — innerhalb des (invarianten) Systemrahmens der Basisstrukturen bürgerlicher Produktionsweise — in jeweils bestimmten historischen Phasen an spezifische institutionelle Bedingungen oder Formen gebunden ist, die sich als Akkumulationsmodell beschreiben lassen. Eine Überwindung ökonomischer Krisen (systemimmanent wie auch systemtranszendierend) ist daher immer auch mit einer Reformalisierung oder Restrukturierung dieser Formen gesellschaftlicher Reproduktion verbunden. Ökonomische Krisen werden innerhalb dieses Paradigmas als *auch* gesellschaftliche Krisen interpretiert; die Veränderung der Rolle historischer Subjekte lassen sich ebenso diskutieren

wie der Wandel in den politischen Aktionsmustern; auch wird der Blick für alternative Strategien auf die gesellschaftliche Sphäre erweitert. Inwieweit solche Ansätze theoretisch wie politisch tragfähige Interpretationen darstellen können, kann in der nächsten Ausgabe der PROKLA überprüft werden. Dort wird *Alain Lipietz* den französischen »Regulationsansatz« vorstellen.

Doch auch dieser Ansatz will und kann keinen zwingenden Zusammenhang zwischen ökonomischen Entwicklungen und emanzipativem Klassenhandeln herstellen. Wir werden im Schwerpunktthema der nächsten PROKLA Probleme der Klassenanalyse/-theorie angehen. *Uwe Becker* leitet die Diskussion in diesem Heft ein. Sollte es so sein, wie er behauptet, daß keine zwingende Verbindung zwischen ökonomischer Klassenlage und politischem Handeln existiert, dann allerdings hat diese faktische Konvergenz von ökonomischer und soziologischer Theoriebildung weitreichende Konsequenzen, unter anderem auch für eine marxistische Theorie der Krise, die sich um eine Präzisierung des Zusammenhangs von Krise und politischen Handlungsfolgen bemüht.

Die Redaktion

Weitere Aufsätze zum Thema

Anwar Shaikh: Eine Einführung in die Geschichte der Krisentheorien (PROKLA 30)

Frank Beckenbach, Michael Krätke: Zur Kritik der Überakkumulationstheorie (PROKLA 30)

Alfred Kleinknecht: Zur Kontroverse um das Überakkumulationstheorem (PROKLA 30)

Georgios Stamatis: Zum Beweis der Konsistenz des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der allgemeinen Profitrate (PROKLA 25)

Paul Mattick: Zur Kritik der Überakkumulationstheorie von Beckenbach und Krätke (PROKLA 32)

Michael Krüger: Randnotizen zur gegenwärtigen krisentheoretischen Debatte (PROKLA 32)

Alfred Kleinknecht: Innovation, Akkumulation und Krise (PROKLA 35)

Ulrich Jürgens: Für eine Entmystifizierung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate (PROKLA 36)

Michael Krätke: Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates (PROKLA 49)

Elmar Altvater: Umbau oder Abbau des Sozialstaates? (PROKLA 49)